

## **Antrag**

**der Abgeordneten Mehmet Yildiz, Dora Heyenn, Kersten Artus, Tim Golke,  
Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir, Christiane Schneider  
und Heike Sudmann (DIE LINKE)**

**zu Drs. 20/10704**

**Betr.: NOlympia in Hamburg – Finanzielle Risiken ernst nehmen, Bürger/-innenbeteiligung ermöglichen!**

Das Münchener Olympia-Projekt 2022 ist bei den Bürgerinnen und Bürgern durchgefallen: Im November 2013 stimmte die überwiegende Mehrheit in den Gemeinden München, Garmisch-Partenkirchen, Berchtesgadener Land und dem Landkreis Tausen in einem Bürgerentscheid gegen die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um eine Bewerbung Hamburgs ist es notwendig, über die ökonomischen Risiken vor allem für die öffentliche Hand zu reden. Beispielsweise hätte allein die gescheiterte Austragung der Universiade 2015 die hamburgischen Steuerzahler/-innen mit 50 bis 100 Millionen Euro belastet. Doch nicht nur die Austragung sportlicher Großevents geht in die Millionen. Allein die Bewerbungskosten für die Schwimmweltmeisterschaften 2013 haben etwa 1,1 Millionen Euro verschlungen. Eine Bewerbung beziehungsweise Austragung für die Olympischen Sommerspiele 2024 oder 2028 würde Hamburg weit mehr kosten und die Stadt möglicherweise in die Insolvenz treiben. Allein die Infrastrukturmaßnahmen würden in die Milliarden gehen.

Abschreckendes Beispiel der Olympischen Geschichte ist unter anderem Montreal, das noch heute die Kosten für die Sommerspiele 1976 bezahlt (kalkuliert waren 120 Millionen CAD, Ergebnis: 1,2 Milliarden). Doch auch in der jüngeren Geschichte gibt es erschreckende Beispiele: Athen ist seit der Austragung 2004 mit einem Schuldenberg von mindestens 7 Milliarden Euro praktisch zahlungsunfähig. Andere Quellen gehen sogar von 12 Milliarden Euro aus (kalkuliert: 1,2 Milliarden Euro). Und auch die Londoner haben einen hohen Preis für die Austragung der Olympischen Spiele 2012 zahlen müssen: Allein die Bewerbungskosten wurden mit 1,9 Milliarden Euro veranschlagt, hinzu kamen Infrastrukturmaßnahmen („nicht olympiabedingte Investitionen“) in Höhe von bis zu 14,8 Milliarden Euro, die allein die öffentliche Hand zu zahlen hat. Nicht umsonst haben Rom und Toronto mit Verweis auf die Kosten auf die Austragung der Olympischen Spiele 2020 verzichtet.

Die wirtschaftlichen Impulse, die von den Olympischen Spielen für die Metropolregion Hamburg ausgehen, wären marginal und volkswirtschaftlich unbedeutend. Studien gehen davon aus, dass zum Beispiel in London der Anstieg der Wirtschaftsleistung gemessen am BIP infolge der Olympischen Spiele jährlich nicht einmal 0,1 Prozent beträgt. Der Kosten-Nutzen-Effekt wäre mit großer Wahrscheinlichkeit für die Metropolregion Hamburg negativ. Auch ist längst belegt, dass Olympische Spiele weder Beschäftigung noch Einkommen steigern lassen. Der wirkliche Profiteur Olympischer Spiele ist das intransparente und undemokratische International Olympic Committee (IOC), das mit Knebelverträgen und Sonderkonditionen den profitabelsten Bereich, das Sponsoring („The Olympic Partner Programme“ – TOP) abschöpft und milliarden-

schwere Erlöse erzielt. International tätige Konzerne zahlen dabei dem IOC Geld, um als Partner genannt zu werden. Die kostenintensiven Infrastrukturmaßnahmen hat dabei weitgehend die öffentliche Hand zu stemmen.

Da gemäß den Statuten des IOC Flächenbewerbungen ausgeschlossen sind, ist eine Diskussion um eine gemeinsame Bewerbung mit Berlin ohnehin obsolet. Hamburg wäre – neben den verkehrs- und umweltbedingten Belastungen – mit kostenintensiven Infrastrukturmaßnahmen konfrontiert, die den Ansprüchen des IOC entsprechen müssten: So fehlen der Hansestadt unter anderem ein obligatorisches Olympiastadion, eine geeignete Schwimmhalle und eine Radstation. Allein die Realisierung der drei genannten Projekte würde voraussichtlich einen mittleren bis hohen dreistelligen Millionenbetrag kosten; die Kostenexplosionen bei Großprojekten nicht einmal eingerechnet. Zudem stellt sich die Frage nach einer sinnvollen Nachnutzung und den Folgekosten durch Betrieb und Instandsetzung.

Die Freie und Hansestadt Hamburg braucht kein öffentliches Förderprogramm für Großunternehmen und Hotellobby unter dem Deckmantel eines sportlichen Großevents, dessen Kosten den hamburgischen Steuerzahlern/-innen aufgebürdet wird. Was Hamburg braucht, sind Sportförderprogramme für benachteiligte Kinder, eine ordentliche Sportinfrastruktur und beste Rahmenbedingung für den Breitensport, damit alle Hamburgerinnen und Hamburger den Sport betreiben können, den sie möchten.

Die Ablehnung der Winterspiele in München ist Indikator für eine allgemeine Skepsis der Bevölkerung für Prestigeprojekte. Auch die Hamburger Politik hat mit dem Skandal um die Elbphilharmonie und den ausufernden Kosten Vertrauen verspielt. Deshalb ist es dringend nötig, die Hamburgerinnen und Hamburger bereits frühzeitig in die Entscheidung um eine Olympia-Bewerbung einzubinden und vor der Bewerbungsphase zu befragen.

#### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

##### **Der Senat wird aufgefordert,**

1. Dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) rechtzeitig eine Absage über eine Bewerbung Hamburgs um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2024 und 2028 zu erteilen und auszuschließen, sowohl Bewerbung und Austragung finanziell zu fördern;
2. Bei Ablehnung der Ziffer 1 rechtzeitig eine Volksbefragung über eine mögliche Bewerbung zu initiieren und das Ergebnis für verbindlich zu erklären.